Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 463

Freitag, 30. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 36 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. zuz. Fernabschlag II. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sonntag & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1060 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neurath unterrichtet die deutsche Presse

Die Reichsregierung will kein Kompromiß

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. Sept. Reichsaußenminister von Neurath äußerte sich heute vor Vertretern der deutschen Presse über die außenpolitische Lage. Aus seinen Erklärungen geht erneut die feste Entschlossenheit der Reichsregierung hervor, sich an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz so lange nicht zu beteiligen, als nicht über die deutsche Gleichberechtigung und die Entfernung aller Diskriminierungen vollständige Einigkeit erzielt sei.

Im einzelnen erklärt der Reichsaußenminister, er habe auf der jetzigen Völkerbundsversammlung zunächst seine besondere Aufmerksamkeit den Wirtschaftsfragen zugewandt, für die Deutschland angesichts der geplanten Weltwirtschaftskonferenz Berichterstatter sei. Auch der Minderheitenfrage habe er erhebliches Interesse zugewandt, da diese ja auch wieder zur Diskussion stehen werde. Hinsichtlich der Reorganisation des Völkerbundssekretariats sei ebenfalls das Prinzip der Gleichberechtigung in den Vordergrund zu stellen. Ueber die Nachfolge des Generalsekretärs des Völkerbundes, der im Juni 1933 zurücktritt und dessen Rücktrittsgesuch jetzt in Genf vom Völkerbundsrat angenommen wurde, wird erst im November entschieden werden. — Der Reichsaußenminister führte weiter aus, daß er in Genf

mit den verschiedenen Delegationsführern Besprechungen

gehabt habe, und daß überall im Vordergrund die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage gestanden hätte. Nachdem durch die Vertagungsresolution der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli Deutschland habe erkennen müssen, daß es den anderen Mächten nicht auf Abrüstung und Gleichberechtigung ankomme, sei für Deutschland nur noch der jüngst beschrittene Weg möglich gewesen. Man habe Frankreich Verhandlungen angeboten. Man habe den deutschen Standpunkt in dem bekannten Memorandum präzisiert, aber

Frankreich habe es abgelehnt, in Verhandlungen mit Deutschland einzutreten,

und präzisen Fragen sei die französische Regierung immer ausgewichen, zuletzt auch in der Rede, die Herriot gehalten habe. Anstatt auf Fragen Antwort zu geben, habe Herriot einen Propagandafeldzug gegen Deutschland inszeniert mit der Unterstellung, Deutschland käme es ja gar nicht auf Gleichberechtigung und Abrüstung, sondern auf Aufrüstung an. — In Italien, so erklärte der Außenminister, habe er großes Verständnis für die deutschen Forderungen gefunden.

Henderson wolle nun die Konferenz retten, indem er Verständigungsversuche mache. Alle diese Verständigungsversuche hätten jedoch keine Aussicht, solange nicht grundsätzlich der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung und Streichung aller Diskriminationen anerkannt sei.

Auch die jüngsten Genfer Meldungen änderten an dem Punkt nichts. Aehnliche Formeln seien ihm wiederholt vorgetragen worden, ohne daß er darauf habe eingehen können. — Hinsichtlich seiner Abreise aus Genf stellte der Reichsaußenminister nachdrücklich fest, daß er keineswegs einem Gespräch mit Herriot habe ausweichen wollen.

Er habe Herriot wissen lassen, daß er zu einer Aussprache zur Verfügung stehe. Von dieser Bereitwilligkeit zu einer Aussprache habe indessen die französische Delegation nicht Gebrauch gemacht,

und da die französische Delegation ferner mitgeteilt habe, daß der französische Ministerpräsident Herriot in seiner angekündigten Rede vor dem Völkerbund nicht zur Abrüstungsfrage sprechen werde, habe er nicht eingesehen, weshalb er angesichts der Notwendigkeit, an einer wichtigen Kabinettssitzung teilzunehmen, in Genf habe verbleiben sollen. Späterhin habe es sich dann aber herausgestellt, daß Herriot sehr wohl, wenn auch in versteckter Form, auf die Abrüstungsfrage und den ganzen damit zusammenhängenden Komplex zu sprechen gekommen sei. Aber Herriots Erklärungen hätten — auf eine politische Formel gebracht — doch nichts anderes ergeben, als daß Frankreich seine Ablehnung, irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland zu führen, erneut bekräftigt habe.

Die Lage sei nun so, daß Genf ohne jedes Ergebnis verlaufen sei. Deutschland, das fest auf seinem Standpunkt beharre, werde jetzt abwarten.

Es sei nicht an Deutschland, irgendwelche Angebote zu machen.

Das sei Sache der anderen. Der deutsche Standpunkt sei überdies im Memorandum vom 29. August festgelegt, und von diesem Memorandum ließe sich Deutschland nicht abbringen. Wenn jetzt eine große Weltpropaganda mit dem angeblichen Geheimdossier gemacht würde, das Herriot auch in Genf mit hatte und das nach den französischen Pressemitteilungen belastendes Material über eine deutsche Geheimaufrüstung enthalte, so brauche sich Deutschland nicht davor zu fürchten. Deutschland stehe in dieser Richtung makellos da. Die anderen hätten die Schuld auf sich geladen,

sechs Monate Abrüstungskonferenz völlig ergebnislos

vergehen zu lassen. Auch angesichts der Ueberrüstung der anderen, insbesondere der Franzosen, stehe es Frankreich schlecht zu Gesicht, über angebliche deutsche Geheimrüstungen zu zetern. Keine deutsche Regierung, so erklärte der Reichsaußenminister, wie immer sie auch aussehen möge, werde jemals auf den Grundsatz verzichten, daß erst Gleichberechtigung und Streichung der Diskriminationen durchgeführt werden müssen, ehe an eine Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz gedacht werden könnte.

In der Wilhelmstraße verlautet ferner, daß die deutsche Regierung bereits Entschlüsse gefaßt habe für den Fall, daß wider Erwarten die übrigen Mächte dem deutschen Standpunkt nicht entgegenkommen sollten. Eine Entscheidung darüber, ob ein Verbleiben Deutschlands im Völkerbund in Zukunft noch in Frage komme, hänge ebenfalls ausschließlich von der Entwicklung der Gleichberechtigungsfrage ab.

Sächsische Gemeindewahlen am 13. November

Von unterrichteter Seite wird uns auf Anfrage folgendes mitgeteilt:

„Der Termin für die Gemeindeverordnetenwahlen ist gesetzlich durch die Gemeindeordnung festgelegt. Danach finden die Wahlen für alle Gemeinden am dritten Sonntag des November, falls dieser aber Totensonntag ist, am zweiten Sonntag statt. Der diesjährige gesetzliche Wahltermin ist deshalb der 13. November. Der Wahltag kann nur durch ein vom Landtag zu beschließendes Gesetz auf eine andere Zeit verlegt werden oder, wenn der Landtag nicht versammelt ist, durch eine von der Regierung zu erlassende Notverordnung, die aber nachträglicher Genehmigung des Landtags bedarf. Bei der Regierung liegen keine Anzeichen dafür vor, daß für eine Verlegung im Landtag eine Mehrheit vorhanden wäre.“ Nach dieser amtlichen Auskunft muß mit der Abhaltung der sächsischen Gemeindewahlen am 13. November gerechnet werden.

Die „Times“ unterstützt den Gleichberechtigungsanspruch

London, 30. Sept. „Times“ sagt in einem Leitartikel: Die Abrüstungskonferenz ist von einem völligen Zusammenbruch bedroht, wenn das dringende Problem der Rechtsgleichheit nicht gelöst werden kann. Die bedeutende Position, die die nationale Regierung in Großbritannien während der zwölf Monate ihres Bestehens errungen hat, legt ihr eine besondere Pflicht auf, eine Lösung vorzuschlagen und sich für ihr Zustandekommen einzusetzen.

In der Frage des deutschen Anspruches auf Gleichberechtigung kann der britischen Regierung bisher nicht das Kompliment gemacht werden, daß ihre Politik einheitlich oder klar gewesen ist.

Das Ideal der Konferenz sei, die Streitkräfte in allgemeiner Hinsicht auf eine Verteidigungszwecken dienende Miliz mit den normalen Waffen einer Verteidigungsstreitmacht zu beschränken, deren Größe und Zahl genau zu beschränken sei. Es liege kein Beweis dafür vor, daß Deutschland irgend etwas getan habe, was mit diesem Ideal in Widerspruch stehe. — „Times“ fährt fort:

In England geht die Meinung überwiegend dahin, daß es unmöglich ist, ein großes Land dauernd in einer untergeordneten Rechtsstellung zu halten.

Ganz abgesehen von der Verminderung der Wehrmacht in anderen Ländern müssen Deutschland zweifellos Zugeständnisse in der Gleichberechtigungsfrage gemacht werden. Ueberdies müsse der Tatsache freimütig Rechnung getragen werden, daß die Vertragsurheber offenbar beabsichtigt hatten, daß eine Art von Abänderung an den Einschränkungen und Verboten der Friedensverträge vorgenommen werden sollte. **Deutschlands Argument in der Gleichberechtigungsforderung sei somit im wesentlichen gut, und es sei eine dringende Angelegenheit, zu entscheiden, auf welche Weise und bis zu welchem Grade ihm entsprochen werden könne, ohne die Sache der Abrüstung zu schädigen.**

Hendersons neuester Vorschlag

Paris, 30. Sept. Die Agence Havas will in zuständigen Genfer Kreisen erfahren haben, daß der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, vor seiner Abreise nach England einigen Mitgliedern des Büros der Abrüstungskonferenz den Entwurf einer Erklärung habe zugehen lassen, die er bei Wiederaufnahme der Arbeiten am 10. Oktober abzugeben beabsichtige, falls man sich bis dahin auf einen gemeinsamen Wortlaut geeinigt habe. Diese Anregung bezwecke, so heißt es in der Havasmeldung weiter, den deutschen Vertretern die Beteiligung an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Henderson lege in seiner Erklärung dem Abkommensentwurf folgende drei Grundsätze zugrunde: 1. Deutschland dürfe nicht aufrüsten. — 2. Die übrigen stärker gerüsteten Mächte müßten eine Herabsetzung ihrer Rüstungen vornehmen. — 3. Die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage werde formell allen vertragschließenden Mächten zuerkannt. Dieser Plan soll, wie der Havasberichterstatter zu berichten weiß, die Zustimmung des englischen Außenministers gefunden haben, er stoße dagegen bei gewissen interessierten Delegationen auf zahlreiche Einwendungen. — Es ist unnötig, zu betonen, daß er auch den deutschen Ansprüchen nicht im entferntesten genügt. Wir fordern nicht theoretische, sondern praktische Gleichberechtigung.

Keine Differenzen im Kabinett

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. September. In der Wilhelmstraße tritt man Gerüchten entgegen, daß aus Anlaß der Rede des Reichsernährungsministers v. Braun in München interne Schwierigkeiten im Kabinett entstanden seien und daß sich im Kabinett selbst unter der Führung des Reichswirtschaftsministers eine Front gegen die Landwirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung gebildet hätte. Hierzu wird mit allem Nachdruck erklärt, daß allen Ressortministern die Rede des Reichsernährungsministers, bevor sie gehalten wurde, im Wortlaut bekannt gewesen sei und daß diese Einwendungen dagegen nicht erhoben hätten.

Feierschichten bei der Reichsbahn

Berlin, 30. Sept. In den Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahngewerkschaften, die am Donnerstag stattfanden, wurde ein Feierschichtenabkommen für die Arbeiter in der Bahnunterhaltung abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 40 Stunden betragen. Durch diese Maßnahme kann die Entlassung von 6000 Arbeitern vermieden werden. Die Gleisumbauten, die im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen sind, sollen sofort in Angriff genommen werden, und es besteht dadurch die Möglichkeit, 24 000 Eisenbahner für zwei Monate weiter zu beschäftigen. Um die Entlassung von weiteren 22 000 Eisenbahnern zu vermeiden, müßten Feierschichten im Betriebsdienst eingelegt werden. Eine Entscheidung über diese Frage konnte in den gestrigen Verhandlungen noch nicht herbeigeführt werden.

Senkung der Steuerzinsen

Berlin, 30. Sept. Der Reichsminister der Finanzen hat eine Verordnung zur Senkung der Steuerzinsen erlassen. Durch die Verordnung werden für die Zeit vom 1. Oktober 1932 ab die Aufschubzinsen und die Stundungszinsen gesenkt. Bei den Aufschubzinsen, die bei Zöllen und bei der Umsatzausgleichsteuer erhoben werden, wird der Zinsfuß von bisher 8 v. H. auf 5 v. H. jährlich herabgesetzt. Für die Stundungszinsen, die sich bisher auf 5 bis 8 v. H. beliefen, wird der Zinsfuß auf 5 v. H. jährlich herabgesetzt.

Immer neue Erdbeben in Griechenland

Athen, 30. Sept. Die Erdstöße dauern mit großer Gewalt an. Die Bevölkerung befürchtet neue Katastrophen. Die wohlhabenden Einwohner von Saloniki sind bereits zum Teil nach Athen geflüchtet. In Larissa übernachten die Zurückgebliebenen auf den freien Stadtplätzen. Die Erdstöße in Saloniki sollen angeblich tektonischen Ursprungs sein und mit dem Erdbeben auf der Halbinsel Chalzidize nicht zusammenhängen. In Athen laufen ununterbrochen Meldungen über weitere Zerstörungen in den mazedonischen Dörfern ein. Neueste Berichte sprechen von über 3000 zerstörten Häusern und neuen zahlreichen Opfern.

Höllenmaschine im Belgrader Offizierskasino

Belgrad, 30. Sept. Ein elegant gekleideter Mann übergab heute früh in der Nähe der Schiffsstation einem Träger ein Paket mit dem Auftrag, es in das Offizierskasino zu tragen. In dem Augenblick, als der Träger das Kasinogebäude betrat, explodierte das Paket, das eine Höllenmaschine enthielt. Der Träger und eine Aufräumerin erlitten tödliche Verletzungen. Wie verlautet, soll auch ein Offizier verletzt worden sein. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Rußland erkennt Mandschukuo nicht an

Tokio, 30. Sept. Der japanische Außenminister erklärte dem russischen Botschafter in einer Unterredung, daß die japanische Regierung die Anerkennung des mandschurischen Staates durch die Sowjetregierung begrüßen würde. Der Botschafter erwiderte, daß die Frage der Anerkennung von seiner Regierung in negativem Sinne entschieden worden sei.